

BUENOS AIRES-BRIEFING

November 2021

Olaf Jacob, Inga von der Stein und Carmen Leimann-López

Niederlage der Regierungsbündnis bei Parlamentswahlen

Trotz der Anstrengungen der Politiker, Parteianhänger und Wahlhelfer von *Frente de Todos* gelang es der Regierungsbündnis nicht sich am 14. November bei den Parlamentswahlen gegen die Opposition durchzusetzen (wir berichteten am 18. November). Stattdessen büßte sie die absolute Mehrheit im Senat und mehrere Sitze im Abgeordnetenhaus ein. Dieses Szenario hatte sich bereits bei den Vorwahlen im September abgezeichnet (wir berichteten am 16. September). Infolgedessen waren im Oktober bereits personelle Konsequenzen im Kabinett gezogen worden. Zwar gelang es Präsident Alberto Fernández und seinen Bündnispartnern den Vorsprung der stärksten Oppositionsbündnis *Juntos por el Cambio* Dank eines intensiven Wahlkampfes und großzügiger wirtschaftlicher Zuwendungen zu verringern, von einem „Sieg trotz der Verluste“, wie ihn die Peronisten am Abend des Wahltags bezeichneten, kann jedoch nicht gesprochen werden. Nicht ohne Grund sollen die über hundert präsidientellen Dekrete seit Fernández' Amtsantritt noch vor der Neubesetzung des Kongresses von diesem absegnet werden. Am 10. Dezember treten nämlich die neugewählten Abgeordneten und Senatoren ihr Amt an. Von diesem Moment an ist in der Legislativen das Verhandlungsgeschick der Regierung gefragt, um Gesetzesentwürfe durchzusetzen. Zentrale Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode werden die Verabschiedung des Haushalts sowie die Umstrukturierung der Auslandsschulden mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) sein. Weitere Gesetze, die verabschiedet werden sollen, handeln von der Umsatzsteuer, Exportrechten, nachhaltiger Mobilität sowie von der Förderung industrieller Innovation.

Das historisch schlechteste Ergebnis des Peronismus seit dem Wiederaufbau der Demokratie 1983 wirft auch Fragen hinsichtlich der Zukunft und Orientierung der *Partido Justicialista* auf. Die Spannungen innerhalb der stärksten Partei der Regierungsbündnis zwischen den Anhängern von Alberto Fernández, gemäßigten Peronisten einiger argentinischer Provinzen und den Verbündeten von Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner könnten direkte Auswirkungen auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen 2023 haben, sofern es der politischen Gruppierung nicht gelingt, die internen Machtkämpfe zu begraben und sich geschlossen hinter einen Kandidaten zu stellen. Der Wahlkampf hinterließ ebenso Spuren innerhalb von *Juntos por el Cambio*. Für Unstimmigkeit sorgt zum einen die Performance der Spitzenkandidaten María Eugenia Vidal (PRO) in der Stadt Buenos Aires, zum anderen gibt es Meinungsverschiedenheiten darüber, wer die neue Fraktion im Abgeordnetenhaus anführen und welchen Namen sie tragen soll. Die Vorsitzende der Partei *Coalición Cívica*, die dieses Jahr ihr zwanzigjähriges Bestehen feiert, Elisa („Lilita“) Carrió, sprach sich aufgrund seiner Nähe zum Peronismus gegen den Spitzenkandidaten Cristián Ritondo aus. Auch der Bündnispartner *Unión Cívica Radical* (UCR), der im Laufe der Parlamentswahlen an Kraft gewonnen hatte, konnte sich bisher auf keinen Fraktionsvorsitzenden für die traditionelle Volkspartei einigen. Zudem offenbarte der Wahlkampf auch die ideologischen Differenzen innerhalb der KAS-Partnerpartei PRO. Während sich gemäßigten Parteimitglieder wie Bürgermeister Horacio Rodríguez Larreta dialogbereit mit den Kräften des politischen Zentrums zeigten, jedoch die Aussicht auf eine Kooperation mit der Partei des Rechtsliberalen Javier Milei (*La Libertad Avanza*) ausschließen, könnten sich die Hardliner von PRO, unter denen sich Parteichefin Patricia Bullrich befindet, eine Zusammenarbeit im Bedarfsfall mit Milei durchaus vorstellen.



